

Lösung für Insel-Kinderklinik?

Der Kanton erwägt, die von Bauarbeiten geplagte **Kinderkrebsabteilung in ein Provisorium** auszulagern

Wegen Pilzinfektionen ist in der Kinderklinik des Inselspitals ein Teilbaustopp erlassen worden. Bis auf weiteres gilt ein Aufnahmestopp für Leukämiepatienten. Der Kanton erwägt, auf eine alte Forderung der Insel-Ärzte zurückzukommen.

ANDREAS LÜTHI

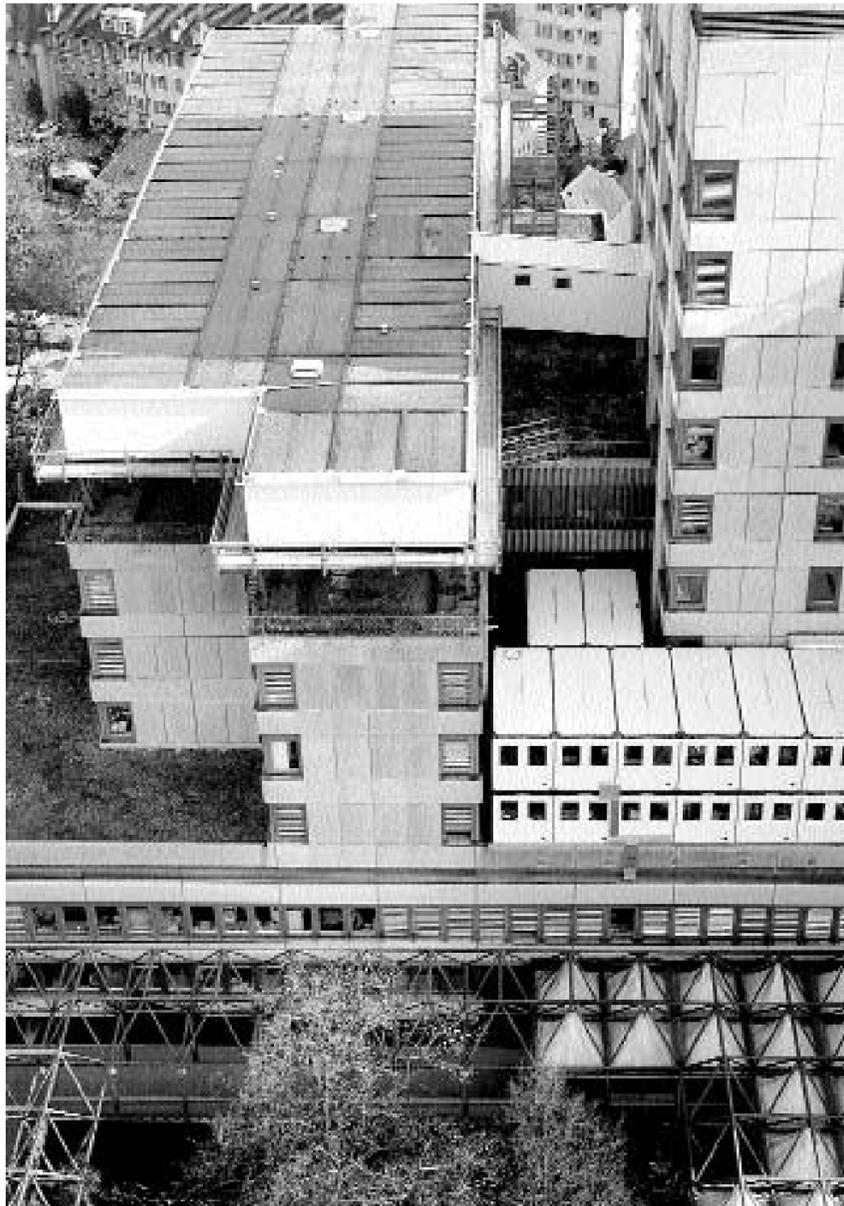
Beim Umbau an der Kinderklinik des Berner Inselspitals zeichnet sich ein Kurswechsel ab. Der Kanton hat für das Projekt einen Teilbaustopp erlassen. Zudem werden bis auf weiteres keine Leukämiepatienten mehr aufgenommen. Dazu beigetragen hat der Verdacht, ein drittes Kind habe sich mit dem Aspergillus-Pilz infiziert. Vor zwei Wochen musste das Inselspital die Infektion zweier leukämiekranker Kinder mit dem Pilz bekannt geben (vgl. «Bund», 15. März). Einen Zusammenhang mit der Staubbildung beim Umbau der Kinderklinik konnte die Spitalleitung nicht ausschliessen.

Erdbebensicherheit prioritär?

Gestoppt seien insbesondere die Baumassnahmen zur Erhöhung der Erdbebensicherheit, sagt Kantonsbaumeister Giorgio Macchi. Zurzeit prüfe der Kanton, wie weit die Erdbebensicherheit «im Vergleich zu anderen Erfordernissen» Priorität habe. Die Erdbebenmassnahmen kosteten rund zehn Millionen Franken, das Risiko eines Erdbebens sei aber gering, so Macchi. Im Vordergrund stehe nun die Frage zusätzlicher Provisorien. Unter anderem werde die Möglichkeit einer Erweiterung des Provisoriums auf dem Labortrakt der Kinderklinik und einer Verlagerung der Kinderkrebsabteilung dahin in Betracht gezogen. Für die Errichtung eines Provisoriums würden auch Zusatzkosten beim Gesamtprojekt nicht ausgeschlossen.

Alte Forderung der Ärzte

Mit diesen Aussagen tönt Macchi an, dass der Kanton auf



In einem **erweiterten Provisorium** auf dem Dach des Labortraktes müssten leukämiekranken Kinder im Inselspital nicht mehr unter den Bauarbeiten leiden.

FRANZISKA SCHEIDEGGER

eine alte Forderung der Klinikdirektion eingehen könnte. Bereits in der Planungsphase hatte das Inselspital die Aufstockung des Labortraktes beantragt. Dies wurde jedoch aus Kostengründen vom

Kanton abgelehnt. Eine Auslagerung würde auf 15 bis 20 Millionen Franken zu stehen kommen, die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich nach heutigen Berechnungen auf 106,5 Millionen Fran-

ken. Die Kinderchirurgie wurde für die Dauer des fünfjährigen Umbaus in die Frauenklinik verlegt. Für die Krebsabteilung war dies nicht möglich, da diese die Nähe zur Intensivstation und zu weite-

ren Spezialdisziplinen braucht. Auf dem Labortrakt wäre diese Nähe gegeben.

Mitte März kritisierte Richard Kraemer, Direktor der Kinderklinik, im «Bund» die Bauentscheide des Kantons. «Wir haben uns eine andere Art der Sanierung vorgestellt.» Er habe im Vorfeld der Sanierung darauf hingewiesen, dass er so für die Sicherheit der Patienten nicht garantieren könne. Kraemer wollte gestern zum Teilbaustopp des Kantons vorläufig nicht Stellung nehmen.

Patienten nach Lausanne

Die Kinderklinik des Inselspitals hat bis auf weiteres einen Aufnahmestopp für Leukämiepatienten verhängt. Wie Insel-Sprecher Markus Hächler sagte, ist das Unispital Lausanne bereit, die Patienten aufzunehmen. Bisher hätten aber noch keine Patienten abgewiesen werden müssen. Pro Jahr treten normalerweise 12 bis 15 Leukämiepatienten in die Kinderklinik ein. Wie Hächler sagt, sind Leukämiepatienten für Infektionen mit dem Aspergillus-Pilz besonders gefährdet, da sie aufgrund der schweren Krankheit und der Chemotherapie ein geschwächtes Immunsystem haben.

Wegen der Pilz-Infektionen wurde in der Kinderkrebsstation nach der Entdeckung der ersten zwei Infektionen zusätzlich zu den bestehenden Sicherheitsmassnahmen ein Luft-Überdrucksystem eingerichtet. Es minimiert das Risiko des Eindringens von Baustaub. Auch wird der Feinstaub in den Räumen mit Messgeräten stetig überprüft. In der Folge der Infektionen haben alle Risikopatienten als medizinische Sofortmassnahme eine medikamentöse Prophylaxe gegen den Aspergillus-Pilz erhalten.

Nicht alle Patienten

Eine Auslagerung aller Patienten in ein anderes Spital wäre laut Insel-Sprecher Hächler unverhältnismässig. Eine Chemotherapie sei sehr komplex. «Es wäre falsch, wenn man die Patienten aus den laufenden Therapien herausnehmen würde», sagt Hächler.

Gegen Sparen bei Privatschulen

GYMNASIEN Die drei privaten, öffentlich unterstützten Gymnasien im Kanton Bern sollen vom Spardruck verschont bleiben. Der Grosse Rat lehnte gestern mit 100 gegen 32 Stimmen einen SP-Antrag ab, der die Regierung ermächtigen wollte, die Subventionen um fünf Prozent zu kürzen.

«Bei der öffentlichen Schule kann beliebig gespart werden. Hauptsache, die Subventionen der Privatschulen stimmen», sagte Antragsteller Roland Näf (Muri) mit ironischem Blick auf anstehende Sparprogramme. Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (grüne) bewertete die Planungs- und Rechtssicherheit der Privatschulen jedoch höher. Er betonte zudem, dass die privaten Gymnasien einen öffentlichen Auftrag zu einem günstigen Preis erfüllten.

Der Kanton Bern unterstützt die gymnasialen Klassen des Campus Muristalden, des Pädagogischen Ausbildungszentrums NMS und des Freien Gymnasiums Bern mit insgesamt elf Millionen Franken pro Jahr. Im November letzten Jahres ist bereits ein vergleichbarer Antrag der SP bezüglich der privaten, öffentlich subventionierten Grundschulklassen gescheitert. Diese erhalten vom Kanton 2000 Franken pro Schüler und Jahr vergütet. (rw)

Fremdsprachen «gleichwertig»

FRÜHFRANZÖSISCH Der Grosse Rat sagt einstimmig Ja zum Beitritt des Kantons Bern zur Interkantonalen Fremdsprachen-Vereinbarung. Damit bereitet Bern die Neugestaltung des Fremdsprachenunterrichts zusammen mit beiden Basel, Freiburg, Solothurn und Wallis vor. 2011 wird der Französischunterricht auf die dritte, 2013 Englisch auf die fünfte Klasse vorverlegt. Für einmalige Projekt- und Weiterbildungskosten sind 23 Millionen budgetiert, die jährlich wiederkehrenden Mehrkosten betragen 14 Millionen Franken.

Zu Diskussionen Anlass gab im Grossen Rat die Stellung des Englischen. Die Regierung habe versprochen, dass die Kinder am Ende ihrer Schulzeit über vergleichbare Kompetenzen in Englisch und Französisch verfügen, erinnerte Franziska Stalder (fdp, Bern). Nun seien aber viel mehr Französisch- als Englischstunden vorgesehen. «Ich habe Angst, dass Englisch auf der Strecke bleibt», sagte Stalder.

Am Ziel der Regierung, beide Sprachen gleichwertig zu behandeln, habe sich nichts geändert, versicherte Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (grüne). Die Zahl der Lektionen sei nicht allein für die Sprachkompetenzen verantwortlich. Die Zweitsprache lerne sich schwerer als die Drittsprache. (rw)

Parlament ist gegen Lehrstellenfonds

Fonds nütze wenig gegen **Jugendarbeitslosigkeit**

RETO WISSMANN

Kurz vor Schulabschluss wissen im Kanton Bern jeweils rund 1000 Jugendliche nicht, wie es weitergehen soll. Niemand wollte gestern dieses Problem kleinreden. Unbestritten war auch, dass es stossend ist, wenn nur 20 Prozent aller Betriebe Lehrlinge ausbilden. Dass ein Ausbildungsfonds die Lösung sein könnte, glaubten jedoch lediglich die SP und Teile der Grünen. Mit Zweidrittelsmehrheiten lehnte das Kantonsparlament zwei entsprechende Motionen ab.

Nadine Masshardt (sp, Langenthal) forderte in ihrem Vorstoss einen kantonalen Berufsbildungsfonds, der von Arbeitgebern gespeist wird, die keine oder zu wenig Lehrstellen anbieten. Mit dem Fonds sollen Lehrstellenprogramme finanziert werden. Corinne Schärer (grüne, Bern) wollte einen anderen Weg einschlagen. Sie forderte, der Kanton solle selber einen Berufsbildungsfonds aufbauen und daraus die administrativen Kosten der Lehrbetriebe übernehmen.

Uneingeschränkte Unterstützung erhielten die Vorstöße ledig-

lich von der SP. Mit einem Berufsbildungsfonds könnten zukunftsträchtige Branchen zur Schaffung von Lehrstellen motiviert werden, sagte Andreas Blaser (sp, Steffisburg). Heute böten vor allem traditionelle Branchen Lehrstellen an.

Betriebe nicht bestrafen

Ganz anderer Meinung waren die Bürgerlichen: Die Betriebe im Kanton Bern zeigten eine überdurchschnittliche Ausbildungsbereitschaft, sagte Ueli Spring (svp, Lyss). Diese dürfe nicht durch zusätzliche Abgaben aufs Spiel gesetzt werden. «Das Problem lässt sich nicht mit einem Fonds lösen.» Diese Haltung teilte auch die FDP.

Die Regierung stellte sich ebenfalls gegen die links-grünen Motionen. Insbesondere das Problem der Jugendlichen mit Schwierigkeiten beim Einstieg in eine Berufslehre lasse sich nicht mit einem Lehrstellenfonds lösen. Für diese Risikogruppe seien spezifische Massnahmen wie Coaching-Angebote oder niederschwellige Lehrstellen nötig, sagte gestern der grüne Erziehungsdirektor Bernhard Pulver.

Parteien fordern Marschhalt

ENERGIEGESETZ Die FDP des Kantons Bern will, dass der Regierungsrat die Arbeiten rund um die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes sistiert. Wie sie gestern mitteilte, fordert sie dies zusammen mit der SVP, der EDU und der EVP in einer dringlichen Motion. Der Vorstoss ist gestern im Grossen Rat eingereicht worden.

Die letzte Woche in den eidgenössischen Räten beschlossene Gesetzgebung sowie die entsprechenden Verordnungen zum Stromversorgungsgesetz und zum Elektrizitätsmarktgesetz sollen abgewartet werden. Nur damit könne die Abstimmung des kantonalen Energiegesetzes auf Bundesrecht sichergestellt werden. Es könne nicht sein, dass jetzt auf kantonaler Ebene Arbeit geleistet werde, welche in ein paar Monaten bereits wieder überholt sei, schreiben die Freisinnigen. Mit der Sistierung werde das Geschäft keineswegs auf die lange Bank geschoben: Denn die nationalen Verordnungen würden voraussichtlich bereits auf den 1. Januar 2008 in Kraft treten.

Die FDP gibt sich in ihrer Mitteilung überzeugt, das kantonale Energiegesetz werde zu einem späteren Zeitpunkt auch besser auf die «politischen Leitplanken aus Bundesbern in Sachen Kernenergie» Rücksicht nehmen können. (pd)

Energie Thun AG vor Rückweisung

THUN Die Thuner Stadtregierung dürfte den Teilverkauf der Energie Thun AG an die BKW kaum am 19. April vors Parlament bringen. Die Stadtregierung werde heute entscheiden, ob sie das Geschäft wie geplant für den 19. April traktandiere, sagte Gemeinderätin Ursula Haller gestern auf Anfrage. Der Gemeinderat müsse gut abwägen, ob er mit einem Geschäft komme, wenn die Rückweisung klar sei. Bei einzelnen Vertragspunkten bestehe aus ihrer Sicht noch Verhandlungsspielraum.

Sowohl FDP und SVP haben Rückweisungsanträge angekündigt (siehe «Bund» von gestern). Die SVP fordert in mehreren Punkten Nachbesserungen des Vertrags mit den BKW. Insbesondere müsse die künftige Eigenständigkeit der Energie Thun AG besser gesichert werden. Aus Sicht der Freisinnigen, die ebenfalls nicht grundsätzlich gegen den Verkauf sind, hätte der Verwaltungsrat der Energie AG von Beginn weg beigezogen werden müssen. Angesichts der absehbaren Rückweisungsanträge von SVP und FDP schlug die Thuner SP gestern triumphierende Töne an. Damit sei klar, dass «die kurzfristige SVP-Vorlage» Schiffbruch erleiden werde. Die SP spiele damit auf die federführende Gemeinderätin Ursula Haller an, aber auch auf die überwiesenen Vorstöße der Volkspartei, auf welche die Vorlage zurückgeht. (sda)

KURZ

Prüfungsfreier Zugang für Berufsmaturanden

LEHRERBILDUNG Der Kanton Bern muss sich bei der Erziehungsdirektorenkonferenz für den erleichterten Zugang von Berufsmaturanden zu den Pädagogischen Hochschulen einsetzen. Der Grosse Rat hat gestern eine entsprechende Motion von Corinne Schärer (grüne) mit 121 zu 11 Stimmen als Postulat überwiesen. Personen mit Arbeiterfahrung seien wichtig für den Berufsstand der Lehrkräfte, sagte Schärer. Das Anerkennungsreglement der Erziehungsdirektorenkonferenz schreibt seit 2006 für Berufsmaturanden eine Zulassungsprüfung vor. (rw)

Solarinstallateur wird kein eigener Lehrberuf

GROSSER RAT Der Grosse Rat will sich nicht für die Anerkennung des Solarinstallateurs als eigenen Lehrberufs einsetzen. Mit 70 gegen 58 Stimmen lehnte er eine entsprechende Motion des Oberburger Solarpioniers Josef Jenni (evp) ab. Derzeit gebe es in der Schweiz über 200 Lehrberufe. Ein neuer Beruf solle nur geschaffen werden, wenn sich die Aufgaben nicht durch andere Berufe abdecken liessen, argumentierte die Regierung. Sie plädierte für eine Reduktion der Anzahl Berufe und für die Zusammenfassung in Berufsfeldern. (rw)

Für Lohngerechtigkeit

GLEICHSTELLUNG Frauen verdienen heute in der Schweiz durchschnittlich 20 Prozent weniger als Männer. 60 Prozent des Unterschieds sind sachlich nicht erklärbar. Der Grosse Rat will nun für mehr Gerechtigkeit sorgen. Mit der Überweisung eines Vorstosses von Corinne Schärer (grüne) beauftragt er die Regierung, die Löhne in der Privatwirtschaft diesbezüglich unter die Lupe zu nehmen und geeignete Massnahmen und Strategien für Lohngleichheit zu entwickeln. (rw)

KORRIGENDUM

«Nicht ganz unumstritten»

THUN Im gestrigen Bericht zur Energie Thun AG wird SP-Stadtrat Rolf Marti mit den Worten zitiert, die Auswahl eines Referenten sei «nicht ganz glücklich» gewesen. Marti legt Wert auf die Feststellung, er habe gesagt, die Wahl sei «nicht ganz unumstritten» gewesen. (db)